

Analyse: Als Deutschland 1998 einen ähnlichen Machtwechsel erlebte wie Ungarn aktuell

Das verflixte 16. Jahr

Der Wahlsieg des Sozialdemokraten Gerhard Schröder über den amtierenden Kanzler Helmut Kohl markierte die bis dahin schärfste politische Zäsur der Bundesrepublik Deutschland. Verglichen mit dem Tisza-Erdrutschsieg gibt es bemerkenswerte Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

■ VON LASSE B. LASSEN

„L iebte Freunde, zunächst danke lich Ihnen allen [...] an einem Abend, der ja ein schwieriger Abend ist.“ Obwohl der Tenor sehr ähnlich ist, stammen diese Worte nicht etwa vom scheidenden ungarischen Ministerprä-

sidenten Viktor Orbán nach der Wahlniederlage seiner Fidesz-KDNP-Koalition am 12. April 2026, sondern von dessen deutschem Amtskollegen Helmut Kohl, der am 27. September 1998 nach 16 Jahren im Amt ebenfalls eine schmerzhaft Wahl-niederlage erlitt. Orbán und Kohl verband eine lange politische Freundschaft. Der Fidesz und

die deutschen Unionsparteien waren von 2000 bis 2021 in der EVP verbunden. Orbán war im April 2016 der letzte ausländische Staatsgast, der Kohl in dessen Wohnung in Ludwigshafen besuchte. Bei dessen Beerdigung am 1. Juli 2017 im Kreise der engsten Weggefährten hielt Orbán eine Trauerrede auf den „Kanzler der Einheit“.

Ministerpräsident Viktor Orbán am Wahlabend:

„Das Wahlergebnis ist für uns schmerzhaft, aber eindeutig. Die Verantwortung und die Möglichkeit zu regieren, wurden uns nicht übertragen.“



In der Bundesrepublik ein Novum: Der Komplett-Machtwechsel von 1998

In Deutschland stellte die Bundestagswahl 1998 nach fast 40 Jahren Bundesrepublik ein absolutes Novum dar. Zuvor waren Regierungswechsel stets durch den Seitenwechsel des Koalitionspartners erfolgt. Nach der Bundestagswahl 1969 war die SPD aus der Großen Koalition mit CDU/CSU ausgestiegen und konnte mit FDP-Unterstützung Willy Brandt ins Kanzleramt bringen. 1982 hatte die FDP die Seiten gewechselt, SPD-Kanzler Helmut Schmidt gestürzt und Helmut Kohl per konstruktivem Misstrauensvotum ins Amt befördert. In den darauffolgenden Wahlen von 1972 und 1983 wurde der Machtwechsel dann von den Wählern bestätigt. 1998 hatten sich die Bundesbürger erstmals dezidiert gegen die Regierung ausgesprochen.

Ähnlich wie Orbán am 12. April („Das Wahlergebnis ist für uns schmerzhaft,

aber eindeutig. Die Verantwortung und die Möglichkeit zu regieren, wurden uns nicht übertragen.“) gestand Kohl noch am Wahlabend ein: „Der Wähler hat völlig eindeutig entschieden. Ich wünsche ihm [Herausforderer Gerhard Schröder], wenn er in dieses Amt kommt, eine glückliche Hand für unser Land.“ Kohl übernahm Verantwortung, trat für die nächste Wahl des Parteivorsitzenden nicht mehr an und machte damit den Weg für seinen Nachfolger Wolfgang Schäuble frei. Im Gegensatz zu Orbán, der jüngst sein Parlamentsmandat zurückgab, blieb Kohl allerdings für die gesamte Wahlperiode Bundestagsabgeordneter, auch wenn er nicht mehr am Parlamentsalltag teilnahm.

Ein Erdbeben, wie ihn die deutschen Sozialdemokraten am 27. September 1998 oder die Tisza-Partei am 12. April 2026 erzielten, verändert das Land. Er bringt alte Gewissheiten ins Wanken und zwingt die neue Regierungsmannschaft sowie die alten Machthaber zur Neuorientierung und Selbstvergewisserung. Insofern kann das deutsche Beispiel von 1998 auch lehrreich für die kommenden Monate und Jahre in Ungarn sein, wobei es neben Gemeinsamkeiten natürlich auch starke Diskrepanzen in der Ausgangslage und den politischen Lagern gab und gibt.

Die Schwäche der Amtsinhaber: Wirtschaft, Wahlkampagne, Müdigkeit der Jugend

Auch wenn die Analyse der Fidesz-Niederlage noch andauert, so lassen sich bereits die Grundzüge skizzieren, die zu der verheerenden Wahlniederlage Orbáns beigetragen haben. Dazu zählen die Inflation und die gestiegenen Lebenshaltungskosten der letzten vier Jahre, eine missglückte Fidesz-Wahlkampagne, die vor allem auf alte Erfolge aufbaute („Fidesz – die sichere Wahl“) und Feindbilder bediente (Magyar, Selenskyj, Brüssel), sowie die Orbán-Müdigkeit, die besonders in der jungen Generation verbreitet ist. All dies färbte die Wahlkarte am 12. April in Tisza-Hellblau.

Im Deutschland des Jahres 1998 sorgte man sich weniger um schwindende Kaufkraft als um die steigende Arbeitslosigkeit, die 1996 erstmals die Vier-Millionen-Marke überschritten hatte. Besonders angespannt war die Situation im Osten des Landes, wo der Strukturwandel eine Arbeitslosenquote von 17 % verursacht hatte. Zwar hatte die Regierung aus Unionsparteien und FDP mit einer Steuerreform sowie einer Reform zur Senkung der Lohnnebenkosten versucht,

die Konjunktur anzukurbeln, doch diese scheiterten am vom SPD-Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine orchestrierten Widerstand der SPD-geführten Bundesländer im Bundesrat.

Auch in Deutschland wurde Helmut Kohl nach 16 Jahren als „lame duck“ angesehen. War es Kohl im Zuge der Wiedervereinigung im Oktober 1990 noch gelungen, den Nimbus des „Kanzlers der Einheit“ zu nutzen und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 mit 43,8 % ein starkes Ergebnis einzufahren, so sah die Lage acht Jahre später gänzlich anders aus. Bereits im Oktober 1997 hatte Kohl deutlich gemacht, dass dies seine letzte Amtszeit sein werde, und den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden und „ewigen Kronprinzen“ Wolfgang Schäuble ausdrücklich zu seinem Nachfolger ernannt. Orbán beließ es hingegen bei nebulösen Zweideutigkeiten. Ohne ein Wort zu sagen, holte er auf der zentralen Fidesz-Wahlkampfveranstaltung am Nationalfeiertag, dem 15. März, mit Außenminister Péter Szijjártó und Verkehrsminister János Lázár gleich zwei potenzielle Nachfolger auf die Bühne. Zugleich gab er das ambitionierte Ziel von drei Millionen Stimmen aus.

Die CDU betonte 1998 mit Plakatslogans wie „Weltklasse für Deutschland“, „Keep Kohl!“ und „Sicherheit statt Risiko“ die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Regierungskoalition – ähnlich dem Fidesz-Motto von 2026. Das Schreckensbild, das die Unionsparteien an die Wand malten, war eine Koalition aus SPD und Grünen mit der SED-Nachfolgepartei PDS. Bereits 1994 hatte CDU-Generalsekretär Peter Hintze mit der sogenannten „Rote-Socken-Kampagne“ vor einer Regierungsbeteiligung der PDS gewarnt. Tatsächlich regierte in Sachsen-Anhalt seit Mitte 1994 eine rot-grüne Minderheitsregierung, die von der PDS toleriert wurde. 1998 druckte die CDU Wahlplakate, die den sozialistisch-brüderlichen Handschlag von SPD und PDS zeigten und zur Vorsicht aufriefen („Aufpassen, Deutschland!“). Die SPD plakatierte im Gegenzug die „roten Socken“ der Unionskampagne von 1994 erneut und schrieb darunter: „Worauf Sie sich bei der CDU verlassen können: immer dieselbe Politik, immer dieselbe Reklame, keine neuen Ideen.“

Parvenus und Hoffnungsträger: Die Herausforderer Schröder und Magyar

In ihrer Plakatkampagne setzte die SPD gänzlich auf die Strahlkraft ihres



Foto: MTI / MEKF / Akos Kaiser

Spitzenkandidaten Gerhard Schröder. Der niedersächsische Ministerpräsident, der mit 54 Jahren deutlich jünger und fotogener als sein Gegenspieler Kohl daherkam, lächelte von SPD-Plakaten herab, auf denen zu lesen war: „Deutschland braucht einen neuen Kanzler.“ Ähnlich wie Péter Magyar in Ungarn umgab Schröder der Schein des Unverbrauchten, Frischen, Neuen. Zudem versuchten beide Herausforderer einen gemäßigten Mitte-Kurs zu fahren. Während Magyar als Ex-Fidesz-Mitglied ein Wahlprogramm veröffentlichte, das im Wesentlichen an den Kernforderungen der Orbán-Regierung festhielt, wollte die SPD 1998 mit einem Programm unter dem Motto „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ die Wirtschaft ähnlich wie die CDU durch eine Senkung der Einkommenssteuer ankurbeln. Dies sollte allerdings durch klassische linke Maßnahmen wie die Besteuerung von Privatvermögen gegenfinanziert werden. Dennoch nahm die SPD für sich während des Wahlkampfes in Anspruch, die „neue Mitte“ zu verkörpern.

Während der ungarische Ministerpräsident in spe erst 2024 die 2021 in Eger gegründete Tisza-Partei übernahm und damit innerhalb kürzester Zeit eine völlig neue Parteikonstellation zum Sieg führte, musste Schröder sich in der SPD mühsam nach oben dienen. Als Sohn einer auf staatliche Fürsorge angewiesenen Kriegswitwe, der die Mittlere Reife und das Abitur an der Abendschule nachholte, kam Schröder „von ganz unten“. Nach dem juristischen Staatsexamen begann der lange Gang durch die Institutionen: So war Schröder 1978 Bundesvorsitzender der SPD-Jugendorganisation Jusos, 1980 Bundestagsabgeordneter, 1990 Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen, 1994 Ministerpräsident in Niedersachsen und schließlich 1998 SPD-Kanzlerkandidat.

Gemeinsame Elemente zwischen Schröder und Magyar sind das selbstbewusste Auftreten und ein unkonventionelles Privatleben. Während Magyar in der Wahlnacht den Rücktritt des Staatspräsidenten Tamás Sulyok sowie der Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, des Verfassungsgerichts und der Medienbehörde als „Marionetten von Orbán“ einforderte, ist Schröders nächtliches Rütteln am Zaun des Bundeskanzleramtes mit den Worten „Ich will da rein!“ schon zu Juso-Zeiten legendär. Während Magyars Trennung von seiner Frau, der ehemaligen Justizministerin Judit Varga, für medialen Wirbel sorgte, war Schröder als viermal verheirateter Kanzler eine Sensation für

die als spießig geltende Bonner Republik. Schröder mäßigte sich in der Wahlnacht jedoch und sprach Amtsinhaber Helmut Kohl als „erwartet harten Gegner“ seinen Respekt aus.

Unerfahrenheit und Flügelkämpfe: Die Herausforderungen der neuen Regierung

Die rot-grüne Regierung startete 1998 mit großen Schwierigkeiten in die erste Amtszeit. Ein Hauptkonfliktfeld sollten die innerparteilichen Querelen zwischen Kanzler Schröder und Parteichef Lafontaine sein. Lafontaine hatte lange Zeit als Hoffnungsträger der SPD gegolten, war Helmut Kohl bei der Bundestagswahl 1990 allerdings klar unterlegen. Im Wahlkampf 1994 positionierten sich Lafontaine und Schröder als Unterstützer von SPD-Kanzlerkandidat Rudolf Scharping in Form einer Troika. Nach Scharpings Wahlniederlage entriess Lafontaine diesem 1995 per Kampfabstimmung den Parteivorsitz. Nun einigte man sich folgendermaßen: Der gemäßigte Schröder wurde Kanzlerkandidat, der linksorientierte Lafontaine behielt den Parteivorsitz und wurde Finanzminister im Schattenkabinet. „Zwischen uns beiden passt kein Blatt Papier“, versprach Lafontaine noch im Wahlkampf. Es sollte jedoch anders kommen.

Kaum war das Kabinet gebildet, begannen die Grabenkämpfe. Lafontaine setzte sich vom Finanzministerium aus für höhere Löhne und Sozialabgaben ein. Schröder intervenierte gegen den wirtschaftsfeindlichen Kurs seines Parteikollegen, der die deutsche Börse auf Talfahrt brachte, und unterband insbesondere Lafontaines Bemühungen, die Bundesbank zu niedrigen Zinsen zu bewegen. Am 11. März 1999 warf Lafontaine das Handtuch und verzichtete auf das Finanzministerium, den Parteivorsitz und das Bundestagsmandat. Der Riss zwischen Schröder und Lafontaine sollte die SPD langfristig entzweien. Im Jahr 2005 trat Lafontaine aus Protest gegen Schröders Reformprogramm „Agenda 2010“ aus der SPD aus und der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) bei. Zwei Jahre später vereinigte sich die WASG mit der PDS zu „Die Linke“. Diese erschloss der extremen Linken erstmals Stimmen im Westen und schwächt die SPD bis heute. Seit 2011 ist Lafontaine mit Sahra Wagenknecht liiert, der Chefin der 2024 gegründeten Linken-Abspaltung BSW.

Auch im Kabinet Magyar könnten Flügelkämpfe entstehen. Zwar ent-

schied sich Magyar für Wirtschaftsexperten – den ehemaligen Shell-Manager István Kapitány sowie den ehemaligen Fidesz-Staatssekretär András Kármán – für die Schlüsselressorts Wirtschaft und Finanzen. Doch das Zusammenspiel mit dem Parteilinken Bálint Ruff als Leiter der Staatskanzlei – auch in Bezug auf die Erwartungshaltung der linken Tisza-Wähler – wird spannend. Während der designierte Ministerpräsident Magyar in seiner üblichen provokanten Art Videos mit dem abgewählten Orbán auf dem Balkon der Ministerpräsidentenresidenz im Hintergrund ins Netz stellte und andeutete, Orbán wolle vor der Steuerfahndung in die USA fliehen, machte sich Schröder mit großspuriger Eigen-PR unmöglich. Mit Fotos, die ihn in italienischen Anzügen der Marke Brioni und mit kubanischen Zigarren rauchend in Hochglanzmagazinen zeigten, machte er sich als „Genosse der Bosse“ viele SPD-Stammwähler zum Feind. Es bleibt abzuwarten, wie diplomatisch und taktvoll sich Magyar in den nächsten Monaten verhalten wird.

Die Last der Vergangenheit: Die Herausforderungen der neuen Opposition

Schon Anfang 1999 galt Rot-Grün als abgewirtschaftet. Neben den Querelen innerhalb der SPD war insbesondere der Wahlsieg der CDU bei der für Rot-Grün als sicher geglaubten Hessenwahl im Februar 1999 ein Desaster für die neue Regierungskoalition. Ende des Jahres brauten sich jedoch dunkle Wolken über der CDU zusammen. Im November 1999 erließ das Amtsgericht Augsburg einen Haftbefehl gegen den ehemaligen CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Dieser soll eine Spende des Waffenhändlers Karlheinz Schreiber in Höhe von einer Million D-Mark für die CDU entgegengenommen und nicht versteuert haben. Wenige Tage später räumte der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler ein, die Union habe „schwarze Konten“ illegaler Parteispenden geführt. Kohl bestätigte dies in einem Fernsehinterview und sprach von 2,1 Millionen DM verdeckter Parteispenden. Unter Berufung auf sein Ehrenwort gegenüber den Spendern weigerte er sich jedoch, diese offenzulegen.

Die CDU-Spendenaffäre zog immer weitere Kreise. Der Bundestag richtete einen Untersuchungsausschuss ein und einzelne Spender wurden offengelegt. Zwar hatte die Affäre für die Hauptbeteiligten Kiep, Kohl und den neuen Partei-



Foto: MTI / Tibor Illyés

Die Tisza-Regierung am Dienstag im Parlament kurz nach ihrer Vereidigung: Nun kommt es darauf an, ob es ihr gelingt, trotz uneinheitlichen Personals und einer ideologisch diversen Wählerschaft einen klaren Kurs zu fahren.

vorsitzenden Schäuble nur geringe rechtliche Folgen, dafür aber umso größere für den Ruf der CDU und ihres Spitzenpersonals. Kohl musste im Jahr 2000 seinen Ehrenvorsitz abtreten und Schäuble trat im selben Jahr vom Partei- und Fraktionsvorsitz zurück. Nun stiegen zwei junge Abgeordnete auf, deren Rivalität die CDU für die nächsten Jahrzehnte prägen sollte. Angela Merkel übernahm den Parteivorsitz und Friedrich Merz den Fraktionsvorsitz. Nachdem Merkel Merz im Zuge der Bundestagswahl 2002 den Fraktionsvorsitz entriess, gelang es diesem, der 2009 eine Karriere in der Wirtschaft begann, 2022 im dritten Anlauf gegen innerparteiliche Rivalen zum Parteivorsitzenden aufzusteigen. Während Merkel 2005 knapp gegen Schröder siegte und 16 Jahre lang das Kanzleramt innehatte, steht Merz aktuell im zweiten Jahr seiner Kanzlerschaft.

Die Parteispendenaffäre der CDU lehrt in Bezug auf den Fidesz, wie sehr Altlasten aus der langen Regierungszeit eine ehemalige Machtmaschine wie die Union, aber auch den Fidesz, in der Zukunft durcheinanderwirbeln können. Langzeit-Regierungs- und Parteichefs können einen massiven Reputationsverlust und den kompletten politischen Absturz erleben. Sollten dem Fidesz ähnliche Skandale in puncto Finanz-

missbrauch oder Amtsanmaßung ins Haus stehen, wie Magyar sie aktuell ostentativ ankündigt, lohnt es sich, schon jetzt auf die zweite und dritte Reihe der Partei zu achten, um junge Hoffnungsträger und zukünftige Macher zu erkennen. Diese Prozesse können – wie im Fall Merkel als ostdeutsche Frau – teilweise ungewöhnliche Karrieren beflügeln oder – wie im Fall Merz – ein langer, von Niederlagen geprägter Weg sein.

Fazit: Der Machtwechsel in Deutschland 1998 und die Lehren für Ungarn 2026

Die politischen Akteure in Ungarn im Jahr 2026 sind gänzlich anders als diejenigen in Deutschland im Jahr 1998: So ist die ideologisch uneindeutige Parteienneugründung Tisza kaum mit der deutschen Sozialdemokratie, der ältesten Partei Deutschlands, vergleichbar. Während die CDU niemals wie der Fidesz mit absoluter oder gar Zweidrittelmehrheit regieren konnte, ergo stets auf einen Koalitionspartner angewiesen war. Doch gibt es Ähnlichkeiten zwischen den Problemen der träge gewordenen Amtsinhaber Helmut Kohl und Viktor Orbán. Auch die salopp und anmaßend auftretenden Herausforderer Gerhard Schröder und Péter Magyar, die zugleich durch den von ihnen

propagierten Mittelkurs ein gewisses Maß an Kontinuität versprochen, weisen bei genauerer Betrachtung einige Ähnlichkeiten zueinander auf.

In den nächsten Monaten wird es vor allem darauf ankommen, ob es der neuen Regierung gelingt, ihr uneinheitliches Personal und ihre ideologisch diverse Wählerschaft zu einen. Andernfalls stehen ihr Flügelkämpfe und Abspaltungen bevor, wie sie die SPD durch das Zerwürfnis zwischen Schröder und Lafontaine erlebt hat. Beim Fidesz wird sich umgekehrt die Frage stellen, ob es ihm gelingt, Altlasten der Vergangenheit zu überwinden und sich personell neu aufzustellen, um „wieder laufen zu lernen“, wie Merkel es in einem FAZ-Gastbeitrag von 1999 in Bezug auf die langsame Trennung der Union von ihrem langjährigen Vorsitzenden und Kanzler Kohl forderte. Der komplette Neuanfang nach 16 Jahren Machtausübung war für die CDU eine besondere Herausforderung – gleiches dürfte nun auch für den Fidesz in Ungarn gelten.

Der Autor ist Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut (DUI) des Mathias-Corvinus-Collegium (MCC) Budapest und Habilitand am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Julius-Maximilians-Universität (JMU) Würzburg.